



FEANTSA

Bergamo Deklaration

Armut hat seit Verabschiedung der Agenda *Europa 2020* zugenommen. Tatsächlich lebten im Jahr 2010 in der Europäischen Union (EU) sechs Millionen Menschen in Armut und sozialer Ausgrenzung. Die EU hat damit ihr 2010 gesetztes Ziel, 20 Millionen Menschen aus der Armut zu holen, nicht erreicht.

Steigende Armut hat zugleich zu einem dramatischen Anstieg der Wohnungslosigkeit und der Zahl der von Zwangsräumung bedrohten Menschen in der Mehrzahl der EU-Mitgliedstaaten geführt.

Wohnungslosigkeit ist eine der dringendsten sozialen Herausforderungen innerhalb der gesamten EU. Sie verwehrt Menschen den Zugang zu Grundrechten und verursacht erhebliche gesellschaftliche Kosten. Im Rahmen ihres Engagements zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung spielt die EU eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten, Strategien zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit zu entwickeln und umzusetzen.

Zu ihrer Konferenz „Wohnungslosigkeit in Europa entgegentreten“, die 2014 im italienischen Bergamo stattfand, versammelte FEANTSA rund 450 Experten und Praktiker aus Europa. Die Konferenzteilnehmer erörterten ein breites Spektrum an Herausforderungen im Kampf gegen Wohnungslosigkeit auf europäischer Ebene, und diskutierten über neue und innovative Lösungen zur Überwindung von Wohnungslosigkeit.

Mit neuem Parlament und neuer Kommission steht die Europäische Union an einem Wendepunkt. In ihrer Antrittsanhörung machte Marianne Thyssen, die neu berufene EU-Kommissar für soziale Angelegenheiten, Beschäftigung und Integration, deutlich, dass das Thema Wohnungslosigkeit eine hohe Priorität in ihrer Arbeit genießt. FEANTSA begrüßt die darin zum Ausdruck gebrachte Anerkennung der Bedeutung von Wohnungslosigkeit.

FEANTSA fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten (MS) auf, innovative und wirksamere Ansätze im Kampf gegen Wohnungslosigkeit zu implementieren:

1. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten integrierte Aktionspläne auf allen politischen Ebenen erstellen, um dem Anstieg von Wohnungslosigkeit und Zwangsräumungen zu begegnen.
2. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten dem steigenden Anteil von EU-Migranten an der Zahl der Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, angemessen begegnen. Die Migrationspolitik muss unter Beibehaltung der Freizügigkeit der EU-Bürger reformiert werden, um mehr Sicherheit für EU-Zuwanderer in den Mitgliedstaaten zu gewährleisten.
3. Menschen entscheiden sich nicht für ein Leben in Armut und Wohnungslosigkeit und sollten daher für ihre Mittellosigkeit auch nicht bestraft oder kriminalisiert werden.
4. Notwendig ist eine stärkere Unterstützung von Menschen, die von Wohnungslosigkeit und Zwangsräumungen bedroht sind. Hierzu gehören verstärkte Präventionsmaßnahmen und ein verbesserter Zugang zu Wohnraum, zum Beispiel durch Programme wie „*Housing First*“, als wichtige Ansätze zur Verringerung von Wohnungslosigkeit.
5. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten - über Eurostat - Daten über Wohnungslosigkeit erheben und bereitstellen, um wirksame Strategien gegen Wohnungslosigkeit zu ermöglichen.
6. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollten die gesetzlichen Rechtsansprüche im Zusammenhang mit Wohnungslosigkeit berücksichtigen.
7. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sollten Mittel aus den Strukturfonds zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit bereitstellen.

Bergamo, 24.10.2014



FEANTSA



This publication is supported by the European Union Programme for Employment and Social Solidarity - PROGRESS (2007-2013). This programme is implemented by the European Commission. It was established to financially support the implementation of the objectives of the European Union in the employment, social affairs and equal opportunities area, and thereby contribute to the achievement of the Europe 2020 Strategy goals in these fields.

The seven-year Programme targets all stakeholders who can help shape the development of appropriate and effective employment and social legislation and policies, across the EU-27, EFTA-EEA and EU candidate and pre-candidate countries.

For more information see: <http://ec.europa.eu/progress>

The information contained in this publication does not necessarily reflect the position or opinion of the European Commission

FEANTSA works with the European Commission, the contracting authority for the four-year partnership agreement under which this publication has received funding.